



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 12. Februar 2019

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 12. Februar 2019**

Inhalt

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE.....	2
2. ZUR LAGE	3
3. ZUR WOCHE.....	5
TOP 3: Familien stärken.....	5
TOP 8: Verbesserung der Strukturen bei der Organspende	6
TOP 16: Bericht der Bundesregierung zur KI-Strategie	6

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

Grundrente

Wer 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat verdient eine Rente oberhalb der Grundsicherung - ohne Wenn und Aber. Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb ist der Vorschlag von Hubertus Heil für eine Grundrente richtig - und finanzierbar. Zweidrittel der Deutschen sehen das auch so - wir bleiben dran.

SPD

Wir haben ein umfassendes Konzept für den Sozialstaat der Zukunft beschlossen. Die Grundsätze lauten Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. Wir werden Hartz IV hinter uns lassen und durch ein Bürgergeld ersetzen: Es ist konsequent aus der Perspektive derjenigen konzipiert, die Unterstützung benötigen. Für alle Kinder schaffen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung. Wir setzen den Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit um: Wer lange Beiträge gezahlt hat, hat auch einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld. Lebensleistung wird abgesichert Mit einem Recht auf Weiterbildung sorgen wir dafür, dass niemand Angst vor den wirtschaftlichen Veränderungen haben muss. Wir sichern den Wert der Arbeit – durch eine bessere Tarifbindung und einen höheren Mindestlohn. Wir bringen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Höhe der Zeit: Mit einem Recht auf Home-Office und Nicht-erreichbarkeit und einem persönlichen Zeitkonto. So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Steuerdebatte

Mit der SPD gibt es keine Steuergeschenke für Spitzenverdienende, sondern verantwortungsvolle Politik für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die von der Union geforderte Soliabschaffung wäre ein jährliches Steuergeschenk an eine Bundesministerin von 3500€, an Friedrich Merz von 24.000€ und für Dax-Vorstände von mehr als 100.000€.

2. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir befinden uns in einer lebhaften Debatte über die Zukunft des Sozialstaates.

Diese Debatte hat die SPD mit ihrem Konzept für den Sozialstaat 2025 eröffnet.

Mit unserem Sozialstaatskonzept stellen wir die Weichen für eine gerechte Gesellschaft von morgen. Wir haben uns die Herausforderungen angeschaut, vor denen wir stehen und neue sozialdemokratische Antworten darauf formuliert. Diese Antworten folgen unserem klaren Kompass: Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit.

Unser Sozialstaatskonzept ist das Herzstück unserer neuen sozialdemokratischen Politik. Damit verfolgen wir einen neuen Ansatz, eine andere Haltung und eine andere Perspektive: Wir gehen von denen aus, die Hilfe und Unterstützung benötigen und nicht denjenigen, die die Solidarität der Gemeinschaft missbrauchen. Wir setzen auf Leistungsgerechtigkeit und Solidarität.

Leistungsgerechtigkeit steht im Mittelpunkt. Je länger man in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt hat, desto länger hat man auch Anspruch auf Arbeitslosengeld. Ältere brauchen einen längeren Anspruch als Jüngere. Alle bekommen einen Anspruch auf Qualifizierung. Wir schaffen ein Recht auf Weiterbildung.

Das neue Bürgergeld ist aus der Perspektive der Menschen gedacht, die den Sozialstaat brauchen, nicht aus der Perspektive derer, die ihn missbrauchen.

Und weil Kinder in der Sozialhilfe nichts zu suchen haben, wollen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung schaffen.

Zentral ist es für uns, den Wert der Arbeit zu sichern. Dafür wollen wir einen höheren Mindestlohn und eine Stärkung der Tarifbindung. In Deutschland muss jeder von seinem Lohn ein gutes Leben führen können.

In Zeiten des digitalen Wandels wollen wir moderne Arbeitnehmerrechte für eine neue Zeit schaffen: Ein Recht auf Home-Office, auf Nichterreichbarkeit und ein Zeitkonto für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir werden für die Umsetzung dieses Konzeptes werben.

Ich freue mich auf eine spannende Debatte!

Ich freue mich auf eine spannende Debatte!

Eure

Gez. Andrea Nahles

3. ZUR WOCHE

TOP 3: Familien stärken

Wir wollen, dass alle Kinder in Deutschland unbeschwert aufwachsen und erfolgreich lernen können. Deshalb unterstützen wir mit dem **Starke-Familien-Gesetz**, das wir diese Woche in erster Lesung beraten, gezielt Familien mit kleinen Einkommen. Wir lassen ihnen bessere Leistungen einfacher zukommen. Dazu reformieren wir den Kinderzuschlag und die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.

Wir wollen den **Kinderzuschlag** so erhöhen, dass er zusammen mit dem Kindergeld und den Leistungen für Bildung und Teilhabe das Existenzminimum der Kinder sichert. Das soll in zwei Schritten geschehen: Im Juli 2019 wollen wir den Höchstbetrag für jedes Kind zunächst von bisher 170 Euro auf 185 Euro monatlich anheben. Zusammen mit den Bildungs- und Teilhabeleistungen und dem Kindergeld erhalten Eltern dann bis zu 408 Euro pro Monat für ein Kind. In einem zweiten Schritt soll ab dem 1. Januar 2021 der Höchstbetrag entsprechend dem festgestellten Existenzminimum dynamisiert werden.

Wir wollen, dass es sich auch für Eltern, die Kinderzuschlag bekommen, lohnt, zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Wenn das Familieneinkommen steigt, wird der Kinderzuschlag kleiner. Bis es die Familie aus eigenen Kräften nur mit dem Kindergeld schafft, gut über die Runden zu kommen. Wir wollen damit die „harte Abbruchkante“ beim Kinderzuschlag abschaffen und stattdessen ein sanftes Auslaufen der Leistung erreichen. In Haushalten mit Alleinerziehenden soll in Zukunft neben Unterhaltsvorschuss- oder Unterhaltszahlungen auch Kinderzuschlag gewährt werden.

Damit Kinder nicht in verdeckter Armut aufwachsen, wollen wir den Kinderzuschlag für Familien, die mit ihrem Einkommen knapp unterhalb der SGB- II- Bedarfsgrenze liegen, öffnen. Außerdem entbürokratisieren wir das Antragsverfahren, indem der Zuschlag zukünftig für sechs Monate gewährt wird. Eltern müssen in diesem Zeitraum den Kinderzuschlag nicht neu beantragen, selbst wenn ihr Einkommen sich verändert.

Wir wollen das **Bildungs-und Teilhabepaket** erhöhen und anpassen. Bereits zum Schuljahresbeginn 2019/2020 soll die Unterstützung für den persönlichen Schulbedarf von 100 auf 150 Euro erhöht werden. Anschließend wollen wir diese Leistung jährlich in gleichem Maß wie den Regelbedarf anpassen.

Außerdem wollen wir die Eigenanteile der Eltern für die Schülerbeförderung und das gemeinschaftliche Mittagessen in Schule oder Kita abschaffen. Nachhilfe sollen Kinder zukünftig schon dann bekommen, wenn sie einen Förderbedarf haben, und nicht erst, wenn die Versetzung gefährdet ist. Das Antragsverfahren vereinfachen wir.

TOP 8: Verbesserung der Strukturen bei der Organspende

Eine Organtransplantation bedeutet für viele schwerkranke Menschen die einzige Möglichkeit auf Heilung oder Linderung ihrer Beschwerden. Während die Anzahl von Patientinnen und Patienten, die auf ein Spenderorgan warten, jährlich bei ungefähr 10.000 Personen liegt, ist die Zahl der Organspendenden seit 2012 rückläufig. Häufig fehlt es den Kliniken an Zeit und Geld, um mögliche Spendende zu identifizieren. Mit dem Gesetz, das wir diese Woche beschließen, sollen deshalb die Organspendestrukturen in den Entnahmekrankenhäusern verbessert und besser vergütet werden.

Dafür sieht das Gesetz unter anderem eine bundeseinheitliche Freistellungsregelung für die Transplantationsbeauftragten der Kliniken vor. Zukünftig sollen die Transplantationsbeauftragten anteilig von ihren sonstigen Aufgaben freigestellt werden. Der zeitliche Umfang der Freistellung ist abhängig von der Zahl der Intensivbehandlungsbetten im jeweiligen Krankenhaus. Auch sollen Transplantationsbeauftragte in ihren Einrichtungen Zugang zu den Intensivstationen erhalten und uneingeschränkten Einblick in Patientenakten bekommen, um das Spenderpotenzial besser auswerten zu können.

Ebenso legt das Gesetz eine pauschale Abgeltung für Leistungen, die die Krankenhäuser im Rahmen einer Organspende erbringen, fest. Auch die Freistellung der Transplantationsbeauftragten wird den Kliniken vollständig refinanziert.

Mit der im Gesetz vorgesehenen Regelung zur Angehörigenbetreuung soll schließlich auch der Austausch von anonymisierten Schreiben zwischen Organempfangenden und den nächsten Angehörigen der Organspendenden klar geregelt werden. Ein solcher Austausch ist für viele Betroffenen von großer Bedeutung.

TOP 16: Bericht der Bundesregierung zur KI-Strategie

Am Freitag unterrichtet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über die Strategie Künstliche Intelligenz (KI-Strategie), die das Bundeskabinett bereits im November 2018 beschlossen hat. Die KI-Strategie, die im Dezember beim Digitalgipfel offi-

ell vorgestellt wurde, stellt wichtige Weichen zur Stärkung des KI-Standorts Deutschland und Europa. Außerdem wird der Zusammenhang zwischen KI und Forschung, Datenschutz und der Zukunft der Arbeit in den Mittelpunkt gestellt. Mit insgesamt drei Milliarden Euro Förderung in verschiedensten Bereichen, soll Deutschland zum weltweit führenden KI-Standort entwickelt werden. Denn die Wertschöpfung wird zukünftig wesentlich davon abhängen, ob die Wirtschaft KI im weltweiten Wettbewerb auf Spitzenniveau anwenden kann und ob die zunehmende Datennutzung gesellschaftliche Akzeptanz findet.

Neben wirtschaftlichen Aspekten stehen für die SPD ebenso Wissenschaft und Forschung und der gemeinwohlorientierte Anspruch an neue Technologien im Vordergrund. Wir wollen, dass sich auch der Alltag der Bürgerinnen und Bürger, ob im Privaten oder am Arbeitsplatz, zum Positiven entwickelt. Dafür müssen wir den neuen Herausforderungen in der Datenpolitik begegnen und einen angemessenen Zugang zu den Daten ermöglichen. Denn die Daten sind der neue Rohstoff für die Produktion von morgen. Technischen Fortschritt messen wir daran, wie er sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritt gleichermaßen ermöglicht.